"Der Courier"
Ein Organ deutsch sprechender Canadier.
Erscheint jeden Mittwoch.
Herausgegeben von der „Saskatchewan Courier Publ. Co., Ltd."
M. E. v. Bonnegun, Redakteur.
Joseph Oberhoffner, Geschäftsführer.
Geschäftslokale:
1905-1907 Halling Street, Regina, Sask.
Telephon: — Büro: 3081 — Redakt.: 2131.
Abonnementspreis:
in Kanada jährlich:
Inland.
Wöchentlichausgabe (52—53 Seiten Stark)—

	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
Ganzseitig	$6.00	$3.50	$ 2.00	$ 1.25

Halbseitig. — Vierzehntägig Statt zur Hälfte.

	Ein Jahr	Sechs Monate	Drei Monate	Ein Monat
Wöchentlichausgabe	$4.00	$2.50	$1.50	$ 1.00

Reklamen Preise: Für jeden Zoll einspaltig, Text Zeilen 50 Cents.
Kleine Anzeigen unter „Für verkaufen", „Gesucht", usw.:
Für jede Anzeige 1 Zoll einspaltig, 75 Cents; für jede weitere Insertion 50 Cents.
Für jede Anzeige 2 Zoll einspaltig, $1.25; für jede weitere Insertion 50 Cents.

The Aim of the Foreign Language Newspaper of Canada

To help preserve the ideals and sacred traditions of this, our adopted country, the Dominion of Canada. To revere its laws and inspire others to respect and obey them. To serve unswerving to maintain the public's sense of civic duty. In all ways to aid in making this country greater and better.

„Denn hört der Krieg im Kriege nicht schon auf, Woher soll Friede kommen?"

Wallenstein (Schiller).

Fast kaum gibt es ein Gebiet, welches klarer und deutlicher die Richtigkeit des altbewährten Satzes: „In der Beschränkung zeigt sich der Meister" beweist, als dasjenige der Staatskunst.

Wer konnte bezweifeln oder gar verneinen, daß die Folgen der nach dem Weltkriege abgeschlossenen Manifestate, — oder, wie sie einzelne in genialer Ironie „Friedensverträge" zu nennen belieben, — nicht der weiten schrecklichen sind, als diejenigen der vorangegangenen Feldzüge? Ihr Konto muß mit den Hungersnöten, Krankheiten, Streiks, Revolutionen, Arbeitslosigkeit, Teuerungen, entwertenden Schuldenlasten, in dem gesamten Darniederliegen jeglichen Handels und Wandels belastet werden. Ein Blick in das heutige Rußland genügt, um sich von der Wahrheit dieser Tatsache überzeugen zu können, ohne auf das himmelschreiende Elend Oesterreichs, der Pfalz, des Saargebietes, Schlesiens und endlich all der Millionen Darbenden mit aller Hinterlassenschaft aller Länder ohne Ausnahme des näheren eingehen zu müssen. Der Fluch des Vernichtungswillens hatte mit dem Kriege nicht auf, nein, er hatte sich weiter, noch raffinierte Opfer gesucht. Und so spann die weltvergiftende Entente-Spinne in Versailles, St. Germain, Sèvres und Trianon neue Gespinste, deren schnelles schon enge Maschen auf den nackten Konsequenzen nach verstärkt wurden. Wer ist der letzende, führende Staatsmann auf Seiten der siegreichen Nationen, den es ernstlich um wahren Frieden zu tun gewesen wäre, dann hätte er auch nur einmal ernsthaft versucht, für Wahrheit und Recht einzutreten, und wäre — selbst auf die Gefahr hin, mit seinen edlen Absichten nicht durchdringen zu können —, was noch edler, weil opferfreudiger ist, ein Opfer seiner Ueberzeugung geworden? Nichts von alledem! Es scheint, als ob die Welt noch nicht reif für die Segnungen eines allbeweihenden Friedens ist. Da sie sich nicht auf sich selbst zu besinnen vermag, es scheint, als ob ihr Leidensmaß noch nicht „gemittelt und geläutert" soll ist, ja, es scheint, „als ob die kommenden Dinge der Menschheit ärger sein werden, als die letzten." Wie ein roter Faden zieht sich durch das Geschick der armen, gequälten in Mitleidenschaft gezogenen Welt die vom Dichter in so schöne Worte gekleidete Wahrheit:

„Denn hört den Krieg im Kriege
nicht schon auf,
Woher soll Frieden kommen?"

Weitere Folgen.

In geradezu entsetzlich grauenhafter Wiederkehr haben sich seit den „vorgeschichtlichen" verschollenen Freiheitskämpfen die Morde an Staatsmännern gemehrt. Wenn auch diese sogenannten politischen Morde im allgemeinen leichter genommen und im Besonderen entschuldbarer sein können, so treuen sie dennoch gegen das Gebot: „Du sollst nicht töten!" Dieser Art Morde hat seit 1918 bis weiter die Zahl 300 überschritten. Von den Mördern gar nicht zu reden, können das Mißtrauen, die Vorbeugungen, die direkte und indirekte Mithilfe und endlich das Gelingen nur von solchen unterstützt und begriffen werden, die infolge geistigen Gleichgewichtsmangels am moralischen Begriffen Schiffbruch gelitten haben. Infolge ihrer Mehrung stehen diese Verbrechen geradezu im Zeichen unserer Zeit und können Anstand und nirgends anders als an die Tränenquellen der siegertrunkenen Mächteschuld niedergelegt werden. Wer mancher dieser armen, so plötzlich aus dem Leben gerissenen Männer fiel in treuem, seinem Vaterlande geleisteten Dienste, einer meuchlerischen Kugel, Bombe oder Dolchspitze zum Opfer. Gar mancher von ihnen büßte als Mitschuldiger. Die Frage ist jedoch nicht unberechtigt, wie es den Hauptschuldigen zu Mute sein muß? Darf man den Zeitungsberichterstattern glauben, so haben sich alle führenden europäischen Staatsmänner ohne Ausnahme Drohbriefe erhalten. Während ein solcher Gold noch wertdienender Männer, die ihrem Lande aufs beste zu dienen beabsichtigten, im wahren Sinne des Wortes zerstört genannt zu werden verdient, muß das Bewußtsein für die dadurch Kriegsminister, jede Sekunde um ihren wahrverdienten Schicksal ereilt zu werden, schlimmer war der Qualen eines zum Tode Verurteilten sein. Von einem Heer uniformierter und Detektivbanden umgeben, auf deren Schutz wenigstens nicht sicher zu können ist, sind sie keine Minute ihres Lebens sicher. Nur ein Gedankenloser konnte sie auf dem Gipfel der Macht wähnen, sie, die mit tausend- und millionenfacher Mißstimmung auf dem Gewissen, von einem Tag auf den anderen weggerissen, sie, in denen, wenn auch noch so verdunkelten Gewissen, sie, in denen, wenn auch noch erschütternder Wahrheit sich unwiderstehlich einzwängt: „Wenn wer das Schwert zieht, soll durch das Schwert umkommen." An anderer Stelle in unserer heutigen Ausgabe sind einige Namen dieser verunglückten Männer genannt; aber einer neutralen Welt, vor ihrer eigenen Nation und ihren Opfern stehen sie jetzt, und weil mehr noch der mehr und mehr enthüllenden Geschichte gebunden. Da, als sollte die den blutigen Wind geist, der in noch stärkerlichstreuen Sturm anfing, den sie nicht mehr zu stillen vermögen, weil sie nicht wollten.

„Denn hört den Krieg im Kriege
nicht schon auf,
Woher soll Frieden kommen?"

Im Frieden und auf der Gulden,
Da sind ich meine Freuden,
Ich bin ein Jägersmann.

So ganz anders als alle vorangegangenen Konferenzen — ihre Zahl anzugeben, dürfte zu langwierig sein —, hat es im Haag begonnen. Während bei den übrigen „Phasen" in Washington, Genua, Genua usw., usw. eine spezifisch-deutsche Aufregung von der verbrüderten Wirtschaftswelt der Entente und ihrer noch aufrichtigeren Friedensliebe zu grüßen mußte, bis sie in ungeahnter Vergißlichkeit geriet, wie weiland:

„Horne mit Trompetenschall, tütärütütü,
Zog der Generalfeldmarschall, tütärütütü."

Unsere diese illustren Zusammenkünfte nicht umhin, jedesmal in dem Finale (pianissimo) endeten:

„Raben flogen durch die Luft, tütärütütü,
Und das war ein Moderduft, tütärütütü,
Wie von Blut und Leichen, wumbaumbaumbaumbaumbau."

Eine zweite hoffnungsvolle Welt konnte nicht umhin, nachgerade skeptisch zu werden. Zu oft hat man sie an der Nase herumgeführt, zu oft hat man sie gelackmeiert; nicht nur das, das sie tief in den Staatssäckel eingreifende „Konferenzchenspielen", das jedesmal wie das Hamburgerstückchen verläuft, ist in den Augen Ernstdenkender höchst unredlich geworden. Wie wir schon vor einigen Wochen vermutungten, bleibt es auf Grund der in Genua gefaßten Beschlüsse jeder der durch versammelten 29 Staaten, die durch einige 60 Delegaten vertreten sind, überlassen, mit Rußland eigene Verträge abzuschließen. Deutschland glänzt durch Abwesenheit, da es nicht eingeladen wurde. Soweit liegen wenig handgreifliche Resultate vor. Die ständigen Ausschüsse und Unterausschüsse wurden ernannt. Der „stets vernehmende Geist" Poincaré, der, wie gewöhnlich, nicht mehr „mitspielt", — es sei denn, daß es sich um das vitale Stückchen Germanenfleisch handelt, — stieß sogar diesmal bei seinen, sonst so eifrig zuwerkgehenden als auch brauchbaren belgischen Vetter auf heftigsten Widerstand, den er, wie einige andere, mittels Notenultimatiordements zum Streik aufforderte. Läßt sich aber Monsieur le Premier wirklich einmal allergnädigst zu einer Einwilligung herab, so ist diese nur „accepter en principe," d. h. sie wird so verklausuliert und an Bedingungen geknüpft, die es mit chevaleresker Galanterie ermöglichen, durch das weit geöffnete Hintertürchen sich echt „französisch" zu empfehlen. Demnach sieht sich Monsieur le Premier nur veranlaßt, mit den russischen Vertretern zu verhandeln, solange nicht politische „choses" berührt werden. Brüderchen Sowjet scheint sich aber noch im demselben Humeur, den es so wenig in Genua verhehlte, zu befinden. So geraten nun ganz unglindse aneinander. Rußland gewann den ersten Zusammenstoß. Ungeachtet eines französischen Kredites drang die Sowjetdarstellung mit der Forderung durch, daß Kredite für Rußland zuerst bei der Zusammenkunft besprochen werden müssen. Die Franzosen waren in der Delegaten-Zusammenkunft über die diktatorische Haltung der Russen stark erbost. Sie sagten, sie werden Kredite nicht besprechen, bevor Litwinoff, der Leiter der Sowjetvertreter, sich bereit erkläre, den alliierten Forderungen über Schulden und Privateigentum zuzustimmen. Litwinoff blieb fest. Die Franzosen suchten eine Sitzung des Schulden-Ausschusses herbeizuführen. Die Russen verweigerten eine Teilnahme. Schließlich wurde der Forderung von Litwinoff gemäß beschlossen, die erste Füllung durch den Ausschuß für Kredite herzustellen. Vielversprechend sind die Aussichten auf wirkliche Resultate nicht. Ein gewissen Kriegsführer Ironcare, ein Gottschalkpolitiker David, ein sich intentiös verhaltender Cirkel Sinn, ein zerrüttetes Deutschland, ein zuinnerstes, aber dennoch zähes Rußland: „Nix kommt raus."

„Denn hört den Krieg im Kriege
nicht schon auf,
Woher soll Frieden kommen?"

England.

Die Geheimpolizei ist nunmehr der Ansicht, daß die Ermordung des Feldmarschalls Wilson ein Teil des Planes einer Verschwörung war, die ihren Sitz in London hat. Die Theorie, daß der Mord von irischen republikanischen Führern ausging, ist aufgegeben worden. Zwölf Fremder, die unter dem Verdachte, im Schlaue der Sinn Feiner verwickelt zu sein, verhaftet worden waren, sind wieder in Freiheit gesetzt worden, aber sechs, darunter eine Frau, werden noch festgehalten. In der irischen Stadt Dublin wütet, da wir diese Zeilen schreiben, eine regelrechte Schlacht. Die sogenannten Irregulären ergriffen von mehreren großen Gebäuden Besitz und verweigern ihre Uebergabe. Kanonen sind in Aktion getragen, deren Geschützdonner von lebhaften, Kleingewehrfeuer begleitet ist. Mehrere hundert Tote und zu verzeichnen. Das Geschäftsleben, und die Frau „an der Zeitungen sind unterbunden. Den Irregulären stehen die sogen. Freistaattruppen der Irisch-Republikaner gegenüber, welche der zu den bestehenden Gesetzen führenden Bauer- und Lehnsmänner durchschnitten.

Es beginnen auch schottischerseits Gelüste sich zu erheben. Verschiedene Schotten im Unterhause wünschen Home Rule für Schottland und stellen Wirren in Aussicht, wenn der Forderung nicht erfüllt wird. Sie brachten ihre Wünsche bei Eröffnung einer Vorlage zum Ausdruck, mehrere Gegner erklärten aber entschieden, daß Selbstverwaltung nicht verlangt werde. Ein schottisches Mitglied versicherte, daß im Schottland kein Wunsch auf Trennung bestehe. Ein schottischer Liberaler gab der Vorlage seinen Segen. Er sprach von dem Landhunger in Schottland, der seit dem Krieg zur Beschlagnahme von Land geführt habe. Eine schottische Gesetzgebung, sagte er, hätte die Landfrage schon längst geregelt. Cecil Bard legte den britischen Standpunkt sympathisch dar. Er sagte, er werde die Vorlage unterstützen, wenn dadurch Schotten von den besten Posten in England ferngehalten und veranlaßt werden, bei ihren eigenen Gesetzen zu Hause zu bleiben. Ein Vertreter der nördlichen Inseln meinte, das Haus solle die Vorlage annehmen, solange Schottland ruhig sei und nicht warten, bis es durch Ermäßerung alter Schlösser im Schottland gezwungen werde. Die Vorlage wurde schließlich angenommen.

Ein Gerücht, das in Londoner diplomatischen Kreisen lebhaftes Interesse hervorrief, jedoch geheim gehalten wurde, ist im Hause der Gemeinen zur Sprache gekommen. Das Parlamentsmitglied Col. Wedgwood wünschte zu wissen, welche Schritte die Regierung tun werde, falls in Deutschland die Bewegung, den deutschen Ex-Kronprinzen auf den Thron zu setzen, weiter um sich greifen und zu einer Revolution führen sollte. Cecil Harmsworth, Unterstaatssekretär für auswärtige Angelegenheiten, gab namens der Regierung zu, daß man Berichte über einen beabsichtigten Staatsstreich in Deutschland erhalten habe; etwas Genaues aber habe man nicht erfahren.

Seit der scharfen Kritik des Internationalen Bankierausschusses an der französischen Vereinigungspolitik in der Wiedergutmachungsfrage hat in der Pariser Presse ein neuer Feldzug gegen England eingesetzt, der seine Spitze hauptsächlich gegen Lloyd George persönlich richtet. Fast durchweg wird der britische Premierminister als der treibende Faktor einer neuen „Kampagne zur Isolierung Frankreichs" bezeichnet, und mit einer Uebereinstimmung, die auf eine gemeinsame Quelle oder vielmehr auf Instruktionen von zuständiger Stelle schließen läßt, kehrt in allen Blättern der Vorwurf wieder, die englische Regierung habe die Initiative zur Aufrollung der Frage der Herabsetzung der deutschen Schuld lediglich aus egoistischen Motiven heraus betrieben. England habe auf Frankreich einen Druck ausüben wollen, die damit unlösbar zusammenhängenden Fragen des Elsasses der alliierten Schulden an Amerika anzuschneiden und eine entsprechende Demarche in Washington einzuleiten. Man wisse in England sehr genau, warum man dies nicht selbst tue, nämlich der Vertreter der Ver. Staaten in der Reparationskommission die bündige Erklärung abgegeben habe, daß in den Ver. Staaten das Gutachten an Frankreich als eine Geschäftssache, die englische Schuld dagegen als eine rein geschäftliche Angelegenheit angesehen werde. Das englische Bemühen laufe deshalb offenbar darauf hinaus, Frankreich als Vorspann zu benutzen, um den Ver. Staaten gegenüber eine finanzielle Entente-Front der Alliierten entgegenzustellen. Die Blätter versichern, daß die französische Regierung nicht die geringste Lust habe, sich zu einem solchen Manöver mißbrauchen zu lassen, einmal aus prinzipiellen Gründen, dann aber auch deshalb, weil sie genau wisse, daß ein derartiger Schritt in Amerika vor den Neuwahlen im Herbst keinerlei Aussicht auf Erfolg habe. Beide Regierungen haben hinreichend Gelegenheit gehabt, sich aufs „intimste" kennen und mißtrauen zu lernen. Daher die fortgesetzten, unüberbrückbaren Gegensätze und Reibereien.

„Denn hört der Krieg im Kriege
nicht schon auf,
Woher soll Frieden kommen?"

Frankreich.

Seit der Ermordung von Feldmarschall Wilson und von Walter Rathenau werden Präsident Millerand und Premier Poincaré durch Geheimpolizei scharf bewacht. Auch ihre Privatwohnungen sind von Polizei umgeben. Keinerlei verdächtig aussehende Personen erhalten Zutritt. Der Premier führt meist allein in seinem Auto zum Auswärtigen Amt, von nun aber hat er Begleiter.

Der Minister für öffentliche Werke legte Premier Poincaré einen großen Plan für Kriegswiedergutmachung vor. Die Deutschen würden hiernach Frankreich wiederherstellen und auch den lange projektierten Tunnel unter dem englischen Kanal bauen. Poincaré übergab den Vorschlag dem französischen Mitglied der Entschädigungskommission. Der Plan enthält die Verwendung von deutscher Arbeit und Material in der Höhe von zwanzig Milliarden Francs. Wie die Zeitungen sagen, kann Deutschland die kriegsverheerten Gebiete in Frankreich wieder herstellen und auch beim Bau von Kanälen und Bahnen mitwirken, wenn es imstande ist, zu Hause Bahnen und Telegraphenlinien zu bauen.

Wie ernst es Frankreich mit der Erfüllung der von ihm unterschriebenen Verträge hält, geht aus Folgendem hervor: Die Washingtoner Marine-Verträge werden nicht vor Oktober an die Deputiertenkammer gelangen, meint der neuerwählte „Berichterstatter" der Marinekommission der Kammer, Lacour de Grandmaison. Die Sommerferien beginnen noch vor Mitte Juli und in der Zwischenzeit sind andere dringende Geschäfte zu erledigen. Nach Grandmaisons Ansicht sei eine eingehende Prüfung der Washingtoner Abmachungen vom technischen Standpunkt notwendig, bevor die Marinekommission über die Vorlagen berichten könne. Er selbst sei für eine Verminderung der Flottenrüstungen als ein Mittel zur Herabsetzung der Ausgaben, doch fügte er hinzu: „Frankreich braucht nur eine Flotte zum Schutze der Seeverbindungen für seine Truppen von und nach den Kolonien, indessen ist zu bedenken, daß Deutschland die Washingtoner Verträge nicht unterschrieben hat und diese an sich unbestimmt lauten. Es ist zum Beispiel nicht festgelegt worden, was in Kriegszeiten als ein Handelsschiff zu betrachten ist." Am Versailler Diktat darf auch kein Jota geändert werden. Bei seiner unbarmherzigen Erfüllung wird „die Heiligkeit" der Vertragsrechte in Anwendung gebracht, einerlei ob dabei ein ganzes, nach 60 Millionen Bevölkerung zählendes Land zu Grunde geht oder nicht. „In Paris, Bauer, da ist es etwas ganz anderes." Um aber französische Gerechtigkeit und Ritterlichkeit ins rechte Licht zu stellen, dienen folgende, vor einigen Tagen sich zugetragenen Ereignisse: In nächster Zeit soll das Rheinstädtchen St. Goar für die Dauer von zwei bis drei Monaten mit 600 bis 800 französischen Pionieren, die ihren eigentlichen Standort in Biebrich a. Rh. haben, belegt werden. Die Pioniere sollen Brückenschlagübungen vornehmen. Dazu brauchen sie merkwürdiger Weise Frauen und Kinder. Denn erstaunlicherweise sollen nach St. Goar, das knapp zweitausend Einwohner zählt, die dazu noch fast ausschließlich von dem starken Fremdenverkehr des Sommers leben, eine ganze Anzahl verheirateter Offiziere und Unteroffiziere mit ihrer ganzen Familie kommen, für die Wohnungen beschafft werden müssen. Es ist nach der Meinung der St. Goarer Bürgerschaft in Frankreich ebenso wenig wie in Deutschland Sitte, daß Offiziere und Unteroffiziere bei kurzen Kommandos mit ihrer ganzen Familie zum Uebungsplatz ziehen. Die verheirateten Offiziere und Unteroffiziere haben sämtlich in Biebrich ausreichende Wohnungen, die auch während der Dauer der Uebungszeit nicht geräumt werden, sodaß diese „Glücklichen", während Tausende von rheinischen Familien dicht gedrängt beieinander wohnen müssen oder gar keine Wohnung haben, plötzlich zwei sehr schöne und sehr ausreichende Wohnungen besitzen. — Vom Gelände des Dorfes Erbenheim hat die französische Besatzungsbehörde plötzlich 400 Morgen Klee requiriert. Zu einer Zeit, in der die Landwirte bei dem Mangel an Kraftfutter und bei dessen hohen Preisen auf Grünfütterung im wesentlichen angewiesen sind, und sich auch darauf eingerichtet haben, bedeutet dieses Vorgehen eine außerordentliche Schädigung der Landwirtschaft, deren Rückwirkung auf Wiesbaden, das vor allem mit Milch aus Erbenheim versorgt wird, nicht ausbleiben kann. Die Gemeinde wird wegen dieses rigorosen Vorgehens der Besatzungstruppen Einspruch erheben. — Die durch die Veröffentlichung der Polizei bekannt gewordene, am kellen Nachmittag erfolgte Vergewaltigung einer deutschen Dame durch einen farbigen Soldaten am Rochusberg hat in der ganzen Bevölkerung eine außerordentliche Erregung ausgelöst. Die Nachforschungen nach dem Täter werden von der deutschen und französischen Polizei gemeinsam betrieben, haben aber bisher noch keinen bestimmten Anhaltspunkt gegeben. — Die „Schwarze Schande", die immer noch in der französischen Okkupationszone des deutschen Rheinlands wütet, hat ein neues Opfer gefordert. Es handelt sich nicht mehr um Vergewaltigung, sondern es liegt ein Lustmord vor. Der ist in Idstein, Regierungsbezirk Wiesbaden, an der 19 Jahre alten Frida Guckes begangen worden. Als Verüber der Tat sind alsbald zwei marokkanische Soldaten der französischen Besatzungsarmee in Haft genommen worden.

Wann endlich wird eine einflußreiche Nation ihre Stimme gegen diese himmelschreiende Schmach erheben? Trotz, wenn auch zum Glück nur vereinzelter Stimmen, die da glauben, wir sollten derartige Dinge nicht erwähnen, halten wir es für unsere Pflicht, hierauf zurückzukommen. Wenn wir auch nicht in der glücklichen Lage sind, diese Barbarei abzustellen, so sollen unsere Landsleute in der alten Heimat wissen, daß wir von Herzen mit ihnen fühlen, mit ihnen trauern, mit ihnen protestieren, und nicht den berechtigten Tadel feiger Treulosigkeit durch Stillschweigen auf uns laden. Angesichts dieser Tatsachen schreibt der Pariser „Figaro" gelegentlich der Ermordung Rathenaus unter dem 27. Juni: „Das Attentat ist die Folge alldeutscher Anmaßung und ein weiterer Beweis für den von dem französischen Volke schon lange erkannten Haß Deutschlands gegen Frankreich, usw." Nicht treffender könnte französische Anmaßung und Scheinheiligkeit gekennzeichnet werden, die in ihrem titanenhaften Größenwahnsinn und Haß, die Liebe und Zuneigung eines Volkes erwartet, dessen Gaue sie zum Korale bestialischer afrikanischer Wilden gemacht hat. Nicht Deutschland erzieht zum Haß, sondern Frankreich. Jenes Frankreich, das sich durch den Fluch seines „modern gewordenen" Kindersystems sein eigenes Todesurteil gesprochen, dessen Erfüllung eines Tages kommen muß; jenes friedensstörende Frankreich, für welches auch Gottes Mühlen langsam, aber schrecklich fein mahlen:

„Denn hört der Krieg im Kriege
nicht schon auf,
Woher soll Frieden kommen?"

Rußland und die Ukraine.

Wie einer Pariser Zeitung aus Moskau berichtet wird, hat Nikolaus Lenine einen Blutklumpen im Gehirn, ist vollständig gelähmt und der Sprache beraubt, und eine Besserung ist ausgeschlossen.

Der Einfall von Bolschewiki-Banden in polnisches Gebiet hat in offiziellen Kreisen erhebliche Besorgnis gezeitigt, da befürchtet wird, ein Zusammenstoß zwischen polnischen Truppen und Bolschewiki könnte leicht zu einer Neueröffnung der Feindseligkeiten zwischen Polen und Rußland führen. Die polnische Regierung hat einen energischen Protest nach Moskau gerichtet, und das französische Auswärtige Amt gibt der Lage ihre aufmerksamste Beobachtung, entschlossen, diplomatische Schritte zu ergreifen, sollte die Situation dies erfordern.

Die Leitung der Ukrainischen Autokephalen Kirche in Kiew, die sich von Moskau losgelöst und damit den ersten Schritt getan hat, sich dem Westen zu nähern, erläßt folgenden Aufruf: „Menschen! Brüder! An euch alle, ohne Unterschied des Glaubens und der Nationalität, wendet sich mit brüderlicher Aufforderung der Ukrainische Kirchenrat der Stadt Kiew, als das leitende Organ der Ukrainischen Autokephalen Kirche, indem er seinen großen Schmerz über das, in der Geschichte der Menschheit noch nie dagewesene Unglück Ausdruck verleiht, von dem seine Mitbrüder betroffen wurden. Noch im verflossenen Jahr begann die schwarze Wolke sich über einen großen Teil der Ukraine — das Saporoger und die benachbarten Gouvernements — auszubreiten. Es gebricht an Ausdruckskraft, um die schrecklichen Erscheinungen dieses Unglücks zu schildern. Und was weiter in diesem Jahre kommen wird — beim bloßen Gedanken daran wird es bange ums Herz. Die Lage ist hoffnungslos, das Grauen erfaßt die Seele. Mit Hilfe besonnener Bürger hat die ukrainische Regierung alle Maßnahmen getroffen, um dem Unglück irgendwie zu steuern. Dieses ist jedoch so gewaltig, der Kampf mit ihm unter den jetzigen Umständen so schwer, daß diese Maßnahmen bei weitem nicht ausreichen. Es tut eine viel ausgiebigere Hilfe not. Nur eine freundschaftliche, rechtzeitige Beteiligung der gesamten Kulturwelt an diesem Kampfe wird imstande sein, die vom Hunger erfaßten Gegenden vor einer Katastrophe zu retten und die bereits auserkorenen Opfer aus den Krallen des Hungertodes zu befreien. Menschen! Brüder der ganzen Welt! Nur auf euch hoffen wir noch. In euren Händen ruht das Schicksal unserer unglücklichen Mitbrüder. Rettet sie vor dem Hungertod. Im Namen der Kultur und der heiligen Humanität bitten wir euch, das Stöhnen der durch die unerhörten Qualen Erschöpften zu vernehmen, ihnen hilfreiche Hand zu reichen und sie, insbesondere unschuldige Kinder, vom sicheren Untergange zu retten. Wir wenden uns vor allem an euch, Brüder Christen aller Kirchen und Kirchengemeinschaften der gesamten Welt. Erinnert euch an die erhabenen Lehren unseres göttlichen Lehrers von der Wahrheit, Liebe und Weltverbrüderung. Zu euch strecken nun unsere und eure Brüder ihre kraftlosen Arme aus. Euch hat einst der göttliche Mund von den Hungrigen gesagt: „Lasset, flehen auch wir, lasset sie leben, für euch zu Gott beten und seinen Ruhm verkünden!"

Oesterreich und Ungarn.

Wieder einmal ist die Frage nach dem Schicksal der Republik Oesterreich gestellt. Die katastrophalen Vorgänge auf dem Geldmarkte, deren Auswirkung auf die Preise der ohnehin bereits für Hunderttausende fast unerschwinglich gewordenen Lebensmittel und Bedarfsartikel erst noch zu gewärtigen ist, haben es wohl auch den unverwüstlichsten Optimisten klar gemacht, daß es nicht mehr lange so fortgehen kann, daß unser hartgeprüftes Volk am Ende seiner Kraft angelangt ist. Wieder wie in dedn letzten Kriegs- und in den ersten Jahren nach dem Umsturz stehen die Frauen ratlos vor den Preistafeln der Fleischstände auf den Märkten. Was vor einem ganzen oder halben Monat noch als ein zur Not auskömmliches Einkommen gelten konnte, hat heute ein Drittel seiner Kaufkraft eingebüßt. Wie der Nil in Katarakten von den Hochlandseen Innenafrikas ins Tiefland dem Meere zuspringt, so trieb die Krone, seit der Zertrümmerung der österreichischen Währung durch Rasins Gewaltstreich, von Sturz zu Sturz. Der jüngste ist einer der unerwartetsten, rätselvollsten und verderblichsten. Wir sind ganz knapp an der Talsohle angelangt und werden erinnert an das furchtbare Wort, das der führende Politiker des Nachbarlandes Bayern gelegentlich der Auszahlung des tschecho-slowakischen und des englischen Kreditvorschusses gesprochen hat, daß Oesterreich trotz alledem „auf dem Wege nach Rußland" und das Deutsche Reich „auf dem Wege nach Oesterreich" sei, wenn das Verhalten der Siegermächte gegenüber Mitteleuropa sich nicht radikal ändere. Dieser Anschauung geben die Morgenblätter in ihren düstern Betrachtungen ziemlich übereinstimmend Ausdruck. Gewiß ist auch im Innern vieles reformbedürftig. Aber auch daran ist größtenteils der Gewaltfriede mit seiner gräßlichen Verstümmelung Oesterreichs schuld und die mit Versprechungen trügende Kreditpolitik der Siegermächte, die unsern Krüppelstaat ja gar nie zu Atem kommen ließ, daß er hätte die Kräfte sammeln können, um im Innern Ordnung zu machen und eine bessere Oekonomie einzuführen. Mit Recht hält die „Neue Freie Presse" den Westmächten vor: Man möge einen Engländer fragen, ob London imstande wäre, zu existieren, wenn Schottland, Irland, Wales, Yorkshire und Lancashire davon abgetrennt wären und wenn außerdem noch der Weg zur See, die natürliche Möglichkeit des Zustromes und Abstromes der Güter, der Weg zum Weltverkehre abgeschnitten wäre. Aehnlich müßte es Frankreich ergehen, wenn plötzlich Paris mit einigen Departements herausgerissen wäre und alle übrigen Industriegebiete und Absatzmärkte sich plötzlich in Feindesland verwandeln würden, in Bastionen des Hochschutzzolles und der valutarischen Entfremdung.

Die erste Ablieferung von Haustieren in Erfüllung der Gutmachungsforderungen ist erfolgt. Ungarn hat in Szegedin 500 Pferde an die Griechen und in Szekesfehr 1000 Pferde und 1000 Stück Rindvieh und Schafe an die Südslawen abgegeben. In aller Stille hatte die Regierung aufgekauft, um einer Preistreibung vorzubeugen. Im Ganzen stellten sich die Kosten des Ankaufs auf 500 Millionen Kronen.

Deutschland.

Aus Paris ist die Nachricht eingetroffen, der Botschafterrat sei mit der Abfassung eines Protestes gegen die Rede beschäftigt, in der kürzlich der Reichstags-Präsident Löbe für die Angliederung Oesterreichs an Deutschland eingetreten ist. Als Herr Löbe in der Angelegenheit befragt wurde, erklärte er, er habe in seinen Ausführungen weiter nichts, als den gesetzlichen Weg zu zeigen versucht, auf dem der Zusammenschluß der beiden Länder eventuell möglich wäre. Er sei, vollständig im Einklang mit den bestehenden Verträgen, sowohl dem Frieden von Versailles, wie jenem von St. Germain, dafür eingetreten, daß die Völkerliga angegangen werde, die Vereinigung von Deutschland und Oesterreich zu ermöglichen und gutzuheißen. An dieser Stellungnahme halte er fest und denke gar nicht daran, von seinen Worten irgend etwas zurückzunehmen. Er fühle sich umsomehr dazu berechtigt, da unter den augenblicklichen Verhältnissen eine Sonderexistenz Oesterreichs einfach unmöglich sei. Zudem spreche er dem Botschafterrat durchaus das Recht ab, die Reden deutscher Parlamentarier zu zensieren.

Die „Saturday Evening Post" bespricht in beistimmender Weise eine im neuen Deutschland eingeführte Neuerung, den Reichswirtschaftsrat. Dieser hat zunächst über alle wirtschaftlichen Dinge zu bestimmen. Es wäre z. B. in Deutschland unmöglich, daß, wie es hier geschieht, Volksvertreter, von denen die meisten nichts von solchen Sachen verstehen, einen Zolltarif entwürfen. Im Reichswirtschaftsrat sitzen die von den verschiedenen Berufen erwählten Sachverständigen, z. B. 68 Landwirte, 44 Bank- und Versicherungs-Leute, 36 Handwerker, 34 Verkehrs-Sachverständige usw., im Ganzen 326 Mann, die ihre Sache verstehen, wozu noch 30 Vertreter der Waren-Verbraucher kommen. Alles, was ins wirtschaftliche Gebiet fällt, wird von ihnen beraten und in den meisten Fällen faßt dieses Wirtschafts-Parlament endgiltige Beschlüsse. Hugo Stinnes, selber ein Mitglied der Körperschaft, hat gesagt: „Ueber 50 Jahre werden Politiker ebensowenig noch Zolltarife entwerfen dürfen wie man Fabrikanten erlaubt, den Lehrplan der Universitäten zu entwerfen." Auch auf diesem Gebiet ist Deutschland voran — wie die erwähnte Zeitschrift gern zugibt.

Zur Ermordung Dr. Rathenaus schreibt der bekannte Korrespondent K. v. Wiegand über die letzte Zusammenkunft: „Ich hatte am Freitag Abend eine Unterredung mit Rathenau, dem deutschen Minister des Aeußern, der gestern Morgen ermordet wurde. Rathenau sagte, der Vertrag von Rapallo sei nichts mehr als ein Friedensvertrag zwischen Rußland und Deutschland. Deutschland habe den Vertrag abschließen müssen, um sich zu schützen, weil die Alliierten versucht hätten, Rußland in den Vertrag von Versailles hineinzuziehen und zum Gläubiger Deutschlands zu machen, damit die Alliierten den Vorteil daraus hätten. Der Vertrag von Rapallo sei kein politischer und kein Handelsvertrag, sondern nur ein Friedensvertrag und enthalte keine Geheimnisse. „Was Deutschland jetzt tun muß, ist, die öffentliche Meinung, die sich in den letzten Jahren über Deutschland im Auslande gebildet hat, zu beseitigen," sagte Rathenau. „Sieben Jahre hindurch hat man in den alliierten Ländern und den Ver. Staaten nur eine Seite gehört, und Deutschland hat keinen gerechten Prozeß erhalten. Wenn etwas zu unsern Gunsten gesagt wurde, wurde es als Propaganda gebrandmarkt. Wir werden jetzt 22 Bände von Dokumenten veröffentlichen, die sich auf die deutsche Politik von 1871 bis 1914 beziehen. Wir enthüllen die Archive unseres Auswärtigen Amtes der ganzen Welt. Die Arbeit wird von vocurteilslosen Historikern besorgt. Sechs Bände sind soeben erschienen. Welche andere Regierung wird das Gleiche tun? Sieben Jahre wurde unsere Seite des Falles nicht gehört. Jetzt macht der Verbrecher alles bekannt, während einige der Unschuldigen schweigsam bleiben werden. Der Zustand Europas ist jetzt schlimmer als vor dem Kriege. Damals war Elsaß-Lothringen vielleicht die einzige wunde Stelle. Aber wie viele wunde Stellen hat Europa jetzt nach dem Weltkriege? Das einzige Anzeichen von zurückkehrender Vernunft war in der neulichen Konferenz von Bankiers in Paris zu sehen. Die Bankiers machten es klar, daß die Entschädigungsklauseln im Vertrage von Versailles, geändert werden müssen, und mit Tatsachen und nicht Theorien zu rechnen. Die Geldverleiher verstehen diese Frage besser als irgend ein anderer. Ohne sie kann die Welt nicht wieder ins Gleichgewicht gebracht werden."

Die Besetzung des Posten des Auslandministers, durch die Ermordung von Dr. Rathenau erledigt, macht Kanzler Wirth Schwierigkeiten. Nicht blos wegen des Mangels an verfügbaren Persönlichkeiten, sondern auch aus politischen Gründen. Parlamentarische Kreise glauben, daß Wirth das Auswärtige Amt selbst leiten wird, bis Jemand gefunden ist, der nicht blos den Anforderungen der Stellung genügt, sondern auch die Billigung der Koalitionsparteien findet. Die Freunde von Dr. Otto Wiedfeldt, Botschafter bei den Ver. Staaten, schlugen ihn bereits als einen geeigneten Bewerber vor. Sie legen auf seine Fähigkeit als Wirtschaftler Gewicht. Auch seine Erfahrungen im Ausland auf halbdiplomatischen Posten, bevor er nach Washington ging, gaben ihm nach den Freunden die nötige Vorbildung für Uebernahme des Auswärtigen Amtes. Namentlich seit Entschädigungsfragen und andere wirtschaftliche Dinge zur Hauptaufgabe des Ministeriums gehören.

Am Tage der Beisetzung von Walter Rathenau wurde eine großer Generalstreik in Berlin erklärt. Zu Ehren von Rathenaus Gedächtnis hielten mittags Bahn